

Albrecht Müller

Auszug aus „Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren“ / München 2004

Denkfehler 6: »Wir werden immer älter. Der Generationenvertrag trägt nicht mehr.«

Variationen zum Thema:

- »Wir vergreisen.«
- »Immer mehr Rentner müssen von *einem* Arbeitenden versorgt werden.«

Alle Blätter und Fernsehsender, alle Politiker und Wissenschaftler senden die gleiche Botschaft aus: Der Generationenvertrag trägt nicht mehr. Die Deutschen vergreisen. Angesichts des Trommelfeuers, dem wir ausgesetzt sind, ist es nicht verwunderlich, dass vermutlich eine große Mehrheit der Menschen diese Botschaften glaubt. Wie soll man bei einem so komplizierten Themenfeld einer unisono vorgetragenen Meinung auch widersprechen? Ich will es trotzdem versuchen.

Wie dramatisch ist die Verschiebung der Altersentwicklung?

Macht es Sinn, von Überalterung oder gar von Vergreisung zu sprechen? Wir haben auch in der Vergangenheit Alterungsprozesse erlebt, ohne dass das Land darunter zu leiden hatte: 1950 betrug der Anteil der unter Zwanzigjährigen 30,5 Prozent der gesamten Bevölkerung. 1995 stellte diese Altersgruppe nur noch 21,6 Prozent. In diesen 45 Jahren hat also eine dramatische »Vergreisung« stattgefunden. Hat das jemand gemerkt?

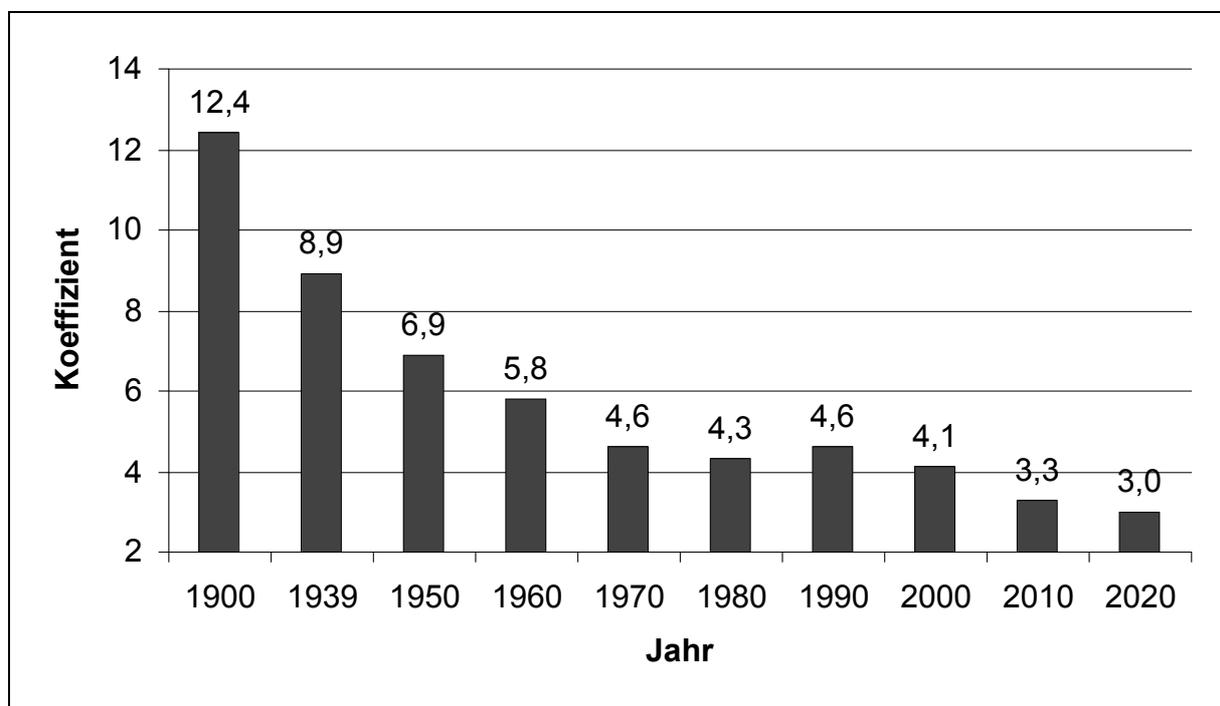
Tabelle 6 zeigt eine beachtliche Veränderung des Altersdurchschnitts der deutschen Gesamtbevölkerung zwischen 1950 und 2000, allerdings keine dramatische. Im weiteren Verlauf wird der Altersdurchschnitt weiter ansteigen, allerdings ist dieser Anstieg auch von der Entwicklung der Geburtenrate und der Höhe der Zuwanderung abhängig, und deren Entwicklung ist offen (siehe Denkfehler Nr. 5, S. **XXX**).

Tabelle 6: Altersdurchschnitt der Gesamtbevölkerung Deutschlands

Jahr	Altersdurchschnitt
1950	35,4
2000	40,1

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Statistisches Jahrbuch 2003 für das Ausland*, Wiesbaden 2003, S. 184.

Abbildung 3: Auf eine Person mit einem Alter von über 65 Jahren kamen ... 15- bis 65jährige



Quelle: verdi (Hrsg.): *Mythos Demographie* (2003). Die Werte für 2010 und 2020 sind Prognosen.

Das Zahlenverhältnis von älterer zu mittlerer Generation hat sich im Zeitablauf sehr verändert. Wie die Relation der alten zur mittleren Generation ist, darüber gibt Abbildung 3 Auskunft. Unser Land erlebte demnach einen ständigen Alterungsprozess mit besonderer Talfahrt bis 1960. Im Jahr 1900 kamen auf einen alten Menschen 12,4 Personen mittleren Alters. Im Jahr 1960 waren es weniger als die Hälfte: nur noch 5,8. Eine dramatische Entwicklung. Hat sich damals jemand aufgeregt? Und ist die neueste Entwicklung angesichts dieser Geschichte wirklich so einschneidend?

»Ein zweites Megathema ist die dramatische Veränderung der Altersstruktur

unserer Gesellschaft.« *Horst Köhler, FAZ-Interview, 12.5.2004*

Die Erhöhung des Altersdurchschnitts der Bevölkerung ist doch kein Grund, über den Charakter dieser dann etwas älteren Gesellschaft zu jammern. Wir haben Städte und Gemeinden in Deutschland, die schon seit Generationen durch einen höheren Anteil von älteren Menschen gekennzeichnet sind – Bad Godesberg zum Beispiel, München-Solln im Vergleich zu München-Hasenberg oder Berlin-Wilmersdorf im Vergleich zu Berlin-Marzahn.

»Eine der größten politischen Herausforderungen für Deutschland ist der demographische Wandel. Mit der Bevölkerung altern auch die Wähler.« *Deutschland 2020. Ein Memorandum der jungen Abgeordneten*

»Der Generationenvertrag ist zu den bestehenden Bedingungen nicht mehr erfüllbar.« *Meinhard Miegel, Bild-Zeitung, 29.11.2002*

Heute redet man von einem Verlust von Dynamik, nur weil der Anteil der Älteren steigt. So zu empfinden und daraus auch noch ein Thema von angeblicher politischer Relevanz zu machen, lässt tief blicken. In den Reihen unserer Meinungsführer herrscht eine eigenartige Lust auf Hysterie. Oder dient ein solcher dramatisierender Sprachgebrauch nur der Entschuldigung und der Abschiebung von Verantwortung nach dem Motto: Was kann die Politik schon dafür, wenn die Menschen keine Kinder mehr bekommen? Wer sich angesichts von über 4 Millionen Arbeitslosen mit solchen Fragen beschäftigt, der ist unterbeschäftigt oder weiß zumindest nicht, Prioritäten zu setzen.

Etwas anderes ist das Problem, dass junge Menschen aus wirtschaftlich besonders schwachen Regionen wegziehen. Über diese Wanderungsbewegungen muss man sich ernsthaft und viel eher Gedanken machen als über die Anhebung des Altersdurchschnitts der deutschen Bevölkerung insgesamt.

Die angeblich nicht mehr tragbare Last der Alten

Um die Dramatik so richtig anzuschärfen, wird in die Debatte meist das Verhältnis

von arbeitsfähiger Generation zur Rentnergeneration eingeführt – der Altenquotient, populär gesagt: die Alterslast. Diese Relation verändere sich dramatisch. Auf 100 Menschen mittleren Alters, also zwischen zwanzig und sechzig Jahren, die man für die arbeitsfähige Generation hält, kommen nach der Prognose des Statistischen Bundesamts im Jahre 2001 44 Ältere und im Jahre 2050 78 ältere Menschen im Rentenalter. Man tut so, als ändere sich in diesem langen Zeitraum sonst nichts und als sei eine Berechnung, die sich allein auf die Älteren bezieht, aussagekräftig.

»Wer die Grafiken richtig liest, mit denen das Statistische Bundesamt die Alterung und Bevölkerungsentwicklung unserer Gesellschaft abbildet, weiß, dass uns eine Revolution bevorsteht.« *Frank Schirrmacher: Das Methusalem-Komplott*

Das ist nicht der Fall. Wenn man die Belastung der Arbeitsfähigen korrekt erahnen will, darf man nicht nur die auszuhaltende Rentnergeneration in Rechnung stellen, sondern muss auch miteinbeziehen, wie viele Jugendliche und Kinder zu versorgen sind. Auskunft darüber gibt der sogenannte Jugendquotient. Wenn man die Entwicklung beider Belastungsfaktoren zusammen im Zeitablauf betrachtet, wird selbst unter den für die Prognose angenommenen Bedingungen (also unter der Annahme, dass sich weder Geburtenrate noch Ruhestandseintrittsalter ändert) bis zum Jahr 2050 die Dramatik enorm entschärft (siehe Tabelle 7): Während der Altenquotient um 77 Prozent steigt, ergibt sich für den Gesamtquotienten ein Plus von 37 Prozent.

Tabelle 7: Auf 100 Menschen mittleren Alters (20 bis unter 60 Jahre) kommen...

	Ältere	Junge	Gesamt
2001	44	38	82
2050	78	34	112

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 (»mittlere Variante«), Presseexemplar vom 6.6.2003, Wiesbaden 2003

Die Dramatik hat sich allein bei Einbeziehung der jungen Generation in die Betrachtung schon halbiert – wenn die Belastung in fast 50 Jahren von 82 auf 112 zu versorgende Personen ansteigt, dann ist das bei weitem nicht so dramatisch wie ein Anstieg von 44 auf 78.

Auch hier sollte man Werten aus der Vergangenheit gegenüberstellen: 1970 hatten 100 Erwerbsfähige für 60 Junge und 40 Ältere, also für eine Gesamtzahl von 100 zu sorgen. 2050 würde der Anteil nur um 12 Prozent höher liegen – wenn die Prognose des Statistischen Bundesamts eintritt.

Ein späteres Renteneintrittsalter entschärft die Lage noch mehr

Auf fünfzig Jahre betrachtet, ist es etwas eigenartig zu unterstellen, die immer älter werdende Gesellschaft würde in ihrer Mehrheit dann immer noch darauf erpicht sein, mit durchschnittlich sechzig Jahren in Rente zu gehen. In Japan sind 35 Prozent der über fünfundsechzigjährigen Männer berufstätig. Wenn die immer jugendlicher werdenden deutschen Alten im Jahre 2050 durchschnittlich bis zum fünfundsechzigsten Lebensjahr arbeiten würden, würde sich die »Alterslast« hierzulande weiter entschärfen (siehe Tabelle 8). Die Gesamtlast läge dann gerade mal um drei Punkte höher als heute: 85 statt 82.

Tabelle 8: Auf hundert Menschen mittleren Alters kommen...

	Ältere	Junge	Gesamt	Definition mittleres Alter
2001	44	38	82	20 bis unter 60 Jahre
2050	55	30	85	20 bis unter 65 Jahre

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 5 (»mittlere Variante«), Presseexemplar vom 6.6.2003, Wiesbaden 2003

Diese Hinweise sollen kein Plädoyer für die Anhebung des effektiven Renteneintrittsalters um fünf Jahre sein. Aber die heutige Neigung zur Frühverrentung, die ja zum Teil auch Folge der hohen Arbeitslosigkeit und der Androhung von Arbeitslosigkeit ist, ist nicht gottgegeben. Zu unterstellen, dies würde sich in einem Zeitraum von fast fünfzig Jahren nicht ändern, ist unseriös. Schon wenn das tatsächliche Renteneintrittsalter nur auf ungefähr 62 Jahre anstiege, wäre der Debatte über die unerträglich wachsende Alterslast der Boden entzogen.

Die entscheidende Entlastung und Entspannung des Problems folgt jedoch

aus der *Produktivitätsentwicklung*. 1,5 Prozent jährlicher Zuwachs der Arbeitsproduktivität würde reichen, um allen Gruppen – den Arbeitenden, den Jungen und den Alten – auf Jahrzehnte hinaus einen wachsenden Wohlstand zu bescheren. 1,5 Prozent, das ist ein Produktivitätszuwachs, der selbst in den wirtschaftlich schlechten neunziger Jahren erreicht worden ist.¹ Wenn dieser bescheidene Produktivitätsfortschritt realisiert wird, bedeutet das, dass sich unser reales Bruttoinlandsprodukt, also die Güter und Dienste, die wir produzieren und die uns allen, jung und alt, zur Verfügung stehen, in fünfzig Jahren mehr als verdoppeln.

Aufgrund des Produktivitätsfortschritts können also die arbeitenden Personen über mehr Einkommen verfügen und davon einen Anteil für Kinder und Rentner abgeben. So war das immer. Warum sollte es künftig nicht mehr möglich sein?

Der Mathematiker Gerd Bosbach hat berechnet,² was die Produktivitätssteigerung für einen Arbeitnehmer bestimmten Einkommens konkret bringt. Er unterstellt dabei nur eine jährliche Steigerung der Arbeitsproduktivität von 1,25 Prozent, wie es auch die sogenannte Herzog-Kommission getan hat. Hier das Ergebnis seiner Berechnungen:

»Erhält heute ein Arbeitnehmer inkl. Sozialversicherungsanteil des Arbeitgebers 3000 Euro, so zahlt er etwa 600 Euro (20 Prozent) für Rentner. Es verbleiben ihm also 2400 Euro. Nach der niedrigeren Annahme der Produktivitätssteigerung um 1,25 Prozent (Herzog-Kommission) würden aus den 3000 Euro inflationsbereinigt 50 Jahre später 5583 €. Bei einer Steigerung des Abgabe-Satzes für Rentner auf 30 Prozent verblieben dem Arbeitnehmer immerhin noch satte 3908 € (plus 63 Prozent). Selbst bei einer völlig unrealistischen Verdoppelung des Beitrages auf 40 Prozent Rentenversicherung verblieben dem Arbeitnehmer mit 3350 € noch 40 Prozent mehr als heute. Von ›unbezahlbar‹ also gar keine Rede, wenn die Produktivitätssteigerungen auch anteilig an die Arbeitnehmer ausbezahlt werden.

¹ Diese Angabe beruht auf Berechnungen von Richard Hauser. Richard Hauser: *Zukunft des Sozialstaats*, Frankfurt a.M. 2003.

² Gerd Bosbach: »Demographische Entwicklung – kein Anlass zur Dramatik«, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 2/2004

Dabei ist noch nicht berücksichtigt: Anhebung des Renteneintrittsalters auf über 60 Jahre, Einsparungen durch die ca. 30 Prozent weniger Kinder und Jugendliche, Abbau der Arbeitslosigkeit. Und angenommen wurde nur die niedrigste der von den Fachleuten prognostizierten Produktivitätssteigerungen!«

Fazit: Die Belastung der arbeitenden Generation ist nicht dramatisch, wenn man die Gesamtlast berechnet und wenn man die absehbare Entwicklung der Produktivität mit einbezieht. Es ist ein Geheimnis der politischen Klasse in Deutschland, warum diese Fakten, insbesondere die entlastenden Perspektiven, ignoriert werden. Warum ist ein großer Teil der Politik und der Wissenschaft und der Publizistik so resistent gegen die Wirklichkeit? Warum setzt man nicht auf die Möglichkeiten der Produktivitätsentwicklung? Warum nehmen die meinungsführenden Kräfte die Veröffentlichungen von Wissenschaftlern wie Gerd Bosbach, Richard Hauser, Hans-Jürgen Krupp und anderen nicht zur Kenntnis? Was steckt dahinter? Entweder ist es mangelnder Durchblick oder das Eingebundensein in Einzelinteressen. Man könnte es auch einfacher sagen: Dummheit oder Korruption.

Die verantwortungslose Anheizung des Generationenkonflikts

Die falsch ausgewählten und falsch interpretierten Daten und die Missachtung entlastender Faktoren werden dazu benutzt, um einen Konflikt zwischen der älteren Generation und der jungen/arbeitenden Generation zu schüren. Man spürt das heute überall. Die junge Generation muss unter dem anhaltenden Trommelfeuer den Eindruck gewinnen, die Älteren lebten auf ihre Kosten. Dieser Eindruck ist durch nichts gerechtfertigt.

Dass es der jüngeren Generation nicht gut geht, dass sie schlechte Möglichkeiten hat, Arbeit zu finden, dass ihre Berufschancen und ihre Auswahlmöglichkeiten schlechter sind als die der jungen Generation um 1960 und 1970, das alles ist richtig. Aber richtig ist auch, dass daran nicht die Rentner schuld sind, sondern jene politisch Verantwortlichen, die nicht begriffen haben, dass man eine Ökonomie nicht verdursten lassen darf, dass man sie nicht zwanzig Jahre lang unter den Kapazitäten fahren darf. Die junge Generation sollte sich nicht in einen

Konflikt mit ihren Eltern und Großeltern hineintreiben lassen. Sie wäre besser beraten, ihren Zorn gegen die Ideologie der Neoliberalen zu wenden, die uns eine grundfalsche Konjunktur- und Wachstumspolitik eingebracht haben.

Der Generationenvertrag trägt immer

Eine der gängigen Formeln zum Anheizen des Konflikts ist die Behauptung, der Generationenvertrag trage nicht mehr. Generationenvertrag meint, dass die älter werdende Generation sich darauf verlassen kann, dass die junge dafür sorgt, dass die Älteren zu essen, zu trinken, zu kleiden, zu wohnen etc. haben. Die arbeitende Generation ihrerseits kann sich darauf verlassen – so der Gedanke und auch die Wirklichkeit –, dass die nachwachsende Generationen eines Tages die gleiche Leistung für sie erbringt. Ein Freund und Kollege hat es seinem Kind so erklärt: »Ich Sorge heute für deine Oma und deinen Opa, wenn du morgen für mich sorgst.«

Nun wird behauptet, dieser Generationenvertrag gelte nicht mehr beziehungsweise er sei, wie Meinhard Miegel sagt, unter den bestehenden Bedingungen nicht mehr erfüllbar. Was soll das heißen? Sollen die Älteren in die Wüste geschickt werden? Oder in den Wald? Soll mit Euthanasie begonnen werden, um die Lebenszeit der Alten zu begrenzen? Das ist doch wohl nicht die Absicht.

Es ist selbstverständlich, dass die Versorgung der Älteren, also der nicht mehr berufstätigen Rentner und Pensionäre, immer von denen getragen und besorgt wird, die arbeiten. Man begreift dies, wenn man aufhört, in sogenannten monetären Größen, also in Geldkategorien, zu denken und wenn man statt dessen in realen Wirtschaftsgrößen, also in *real terms* denkt. Stellen wir uns die reale Welt der Produktion von Gütern und Dienstleistungen vor: die arbeitende Generation produziert die Güter und leistet Dienste; ein Teil davon – also Pflegedienste oder einfach nur die Versorgung mit Obst, Gemüse, Säften und Fleisch, Computern und Autos – wird abgezweigt für die nicht mehr arbeitende Generation. Ganz gleich, wie sich die Anzahl der Arbeitenden zur Zahl der Älteren verhält, der Generationenvertrag wird immer erfüllt. Es sei denn, man sucht die andere Lösung und lässt die Alten verhungern. Da man dies nicht annehmen kann, ist die Aussage all derer, die das immer wieder sagen und nachsagen, schlicht Nonsens.

Die Behauptung, der Generationenvertrag trage nicht mehr, hat einen ganz

anderen Hintergrund. Sie ist Teil einer Stimmungsmache für die Umstellung des Alterssicherungssystems von der gesetzlichen und sozialen Rentenversicherung auf die private Vorsorge, vom Umlageverfahren auf das Kapitaldeckungsverfahren (siehe Denkfehler Nr. 7, S. **XXX**).

Sollen Kinderlose einen Extrabeitrag zur Rente oder zur Pflegeversicherung bezahlen?

Es ist schwer zu erklären, warum es ein Denkfehler ist, wenn man – wie die CSU, die das inzwischen vehement fordert – meint, es sei gerechtfertigt, dass die Kinderlosen zusätzlich etwas in die Rentenkassen zahlen sollen.

»Singles steigen ohne schlechtes Gewissen ins Grab.« *Hans-Olaf Henkel, 8.5.2003*

Es gibt eine Reihe von Argumenten dagegen: Viele Kinderlose sind nicht freiwillig ohne Nachwuchs. Sie haben keine Kinder, weil sie keine bekommen konnten oder ihnen die Umstände nicht geeignet erschienen. Es ist in einem demokratischen Land immer noch Sache jedes einzelnen zu entscheiden, ob er oder sie Kinder haben wollen oder nicht. Die staatliche Regulierung von Kinderzahlen ist das Charaktermerkmal von Diktaturen.

Familien mit Kindern, vor allem solche mit niedrigem Einkommen, haben es schwer. Sie müssen beim Konsum, beim Reisen, beim Ferienmachen und vielem mehr zurückstecken. Man wird diese Sonderbelastung nie ganz ausgleichen können. Man wird es auch nicht ausgleichen wollen, denn auf der anderen Seite sind Kinder eine Bereicherung, die denen abgeht, die keine haben. Dennoch bin ich entschieden dafür, dass die Allgemeinheit, dass wir alle etwas tun, damit Familien wie auch Alleinstehende sich nicht deshalb gegen Kinder entscheiden, weil die wirtschaftlichen Möglichkeiten einer Familie oder eines Elternteils so schlecht sind, dass man meint, sich Kinder nicht leisten zu können. Deshalb ist es richtig, Kindergeld zu zahlen, deshalb ist es richtig, öffentliche Leistungen für Kinderhorte, Kindergärten, Schulen und Hochschulen zur Verfügung zu stellen, deshalb ist es richtig, den öffentlichen Nahverkehr für Kinder zu subventionieren und beispielsweise auch Schwimmbäder

preisgünstiger vorzuhalten. Es war wohl auch richtig, ein Erziehungsgeld einzuführen.

Zu den Leistungen, die für Kinder erbracht werden, steuern auch jene Personen bei, die keine Kinder haben: über ihre Steuern, über Abgaben und Gebühren, und auch über Krankenkassenbeiträge, mit denen Alleinstehende oder doppelt verdienende kinderlose Ehepaare andere Familien mit Kindern subventionieren.

Die Vorstellung aber, Kinder würden geboren, um die Renten der Alten zu bezahlen, ist ziemlich abwegig. Deshalb ist nicht einzusehen, weshalb das Kinderhaben mit einer besonderen Entlastung beim Rentenbeitrag oder mit einem Zusatzbetrag der Kinderlosen – was ja eine Entlastung der Kinderreichen bedeutet – belohnt werden sollte. Nach der Logik des Generationenvertrags würden die Kinder, deren Existenz auf diese Weise subventioniert werden soll, mit ihrer Arbeit als Erwachsene dann aber nur für ihre eigene Rente sorgen. Sie würden nichts für die gerade in der Rente befindlichen Personen leisten, sondern im Vorgriff auf ihre Rente nur für sich arbeiten.

Noch besser kann man sich das klarmachen, wenn man unterstellt, es wäre alles umgestellt auf Privatvorsorge, auf Kapitaldeckung, es gäbe keine Sozialversicherung mehr. Dann würde noch deutlicher, dass die Kinder, wenn sie erwachsen sind und arbeiten, das »Kapital aufbauen«, aus dem ihre spätere Rente bezahlt wird und keine sonst. Das ist genauso wie bei den Kinderlosen (die die CSU zu Sonderbeiträgen heranziehen will): Sie sorgen während ihrer aktiven Zeit für ihre eigene Rente vor. Auf die Idee, dass die kinderreichen Familien hier eine Sonderleistung erbringen würden und sozusagen einen Mehrwert schaffen, kann man nur kommen, wenn man ausblendet, dass die Kinder der Kinderreichen ja auch mal Rentner werden.